

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 291 (2012)

Artikel: Das Märchen von links und rechts oder die Zensur im Kopf
Autor: Häfliger, Tony
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-515314>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Märchen von links und rechts oder die Zensur im Kopf

TONY HÄFLIGER

Als 1989 die Berliner Mauer zuerst bröckelte und schliesslich fiel, brach allenthalben ziellos Freude aus. Während diese Freude bei den nicht direkt betroffenen Hurraschreibern bald wieder der standardmässigen Gleichgültigkeit Platz machte und bei den sogenannten Befreiten ebenso bald in die zu erwartende Enttäuschung umschlug, äugte der klitzekleine nicht medienbesoffene Rest der Bevölkerung vorerst einmal ohne grosses Sprücheklopfen argwöhnisch um sich. Diese Leute waren sich über eines im klaren und erhofften sich insgeheim ein zweites: Sie wussten im voraus, dass der seit Anbeginn des Kalten Kriegs blockierte Teil der Geschichte der Menschheit wieder losgetreten war und sich ins Ungewisse bewegen würde, und sie träumten leise davon, dass mit der nun abschliessend desavouierten Ideologie des Kommunismus – oder (wie es die Kremlvordenker mit Vorliebe formuliert hatten) des real existierenden Sozialismus – der schleichende Marsch der soixante-huitards aus der Zeit der 68er-Bewegung durch die Institutionen gestoppt und das beinahe in Vergessenheit geratene Gut der Freiheit wieder höhergehalten würde.

Die Erwartungen dieser Leute wurden umgehend erfüllt, und

zwar nicht zuletzt dadurch, dass ihr leiser Traum zuerst erfüllt zu werden schien, um alsbald mit durchaus demokratischen Schlaghämmern pulverisiert zu werden. Kaum waren die letzten Mauersteinsouvenirs verhökert, sprach ganz Europa von Deregulierung, und des freiheitsliebenden Menschen Herz schlug höher. Doch je mehr von Deregulierung gesprochen wurde, desto mehr wurde reguliert, und seit jenen frühen Neunzigerjahren hat die Regulierungsdichte gewuchert und damit einhergehend die Staatsverschuldung zugenommen, wie in der Geschichte der Menschheit noch nie zuvor. Das beinahe in Vergessenheit geratene Gut der Freiheit wurde nicht nur nicht wieder höhergehalten, sondern geknebelt, wo es nur ging. Die soixante-huitards setzten sich rosarote, grüne und zunehmend auch bürgerliche Masken auf und schlichen munter weiter, und eine nie völlig fassbare und doch stets würgende politische Korrektheit ergriff Besitz vom Staatswesen und einem wachsenden Teil der Bevölkerung. Nicht grundlos verlor die Parteienlandschaft die Orientierung: Die Mitte schaut nach links und rechts und weiss nicht mehr so ganz, wie weiter; die Linke und die Rechte floskulieren und blo-

ckieren je auf ihre eigene Weise und legen sich trotzdem zuweilen einträchtig ins selbe Bett – trotz ihrer Unterschiede?

Oder gerade deswegen?

Hat «links» und «rechts» noch etwas mit der Richtung zu tun, in die wir anscheinend unaufhaltsam schlittern?

«Links» ist der Sozialismus anzusiedeln, so viel wännen wir zu wissen, und dieser Sozialismus verschiedenster Ausprägung definiert sich seit jeher eifrig selbst: manchmal eben real existierend, dann wieder echt- oder pseudodemokratisch, bei Bedarf umwelthätschelnd, wenn's sein muss auch wirtschaftsfreundlich. Das überlebensgewohnte Chamäleon muss nicht näher definiert werden; es nimmt uns diese Arbeit ab. Und die Millionen Leben, die den Herren Lenin, Stalin, Mao, Pol Pot und all ihren Genossen zu Opfer fielen, fallen nach wie vor nicht ins Gewicht.

«Rechts» ist heikler. Die Millionen Leben, die den Herren Hitler, Mussolini und all ihren Genossen zum Opfer fielen, fallen seit jeher und richtigerweise immer noch ins Gewicht. Aber die «Faschismusforschung» kann sich nach wie vor nicht auf eine Definition einigen. Das

muss seine Gründe haben, doch möglicherweise will die Faschismusforschung diese Gründe nicht wahrhaben, weil ihr Verschiedenes nicht in den Kram passt, das ohne verbindliche Definition als irrelevant unter den Teppich gewischt werden kann. Beispiele gäbe es genug.

Verwirrspiele

Mussolini beispielsweise war als junger Mann Sozialist und bezeichnete sich gegen Ende seiner Karriere immer noch als solcher. Hitlers Nationalsozialismus grenzte sich vom internationalen Sozialismus und der Sozialdemokratie ab, blieb dabei jedoch sozialistisch – die Bezeichnung «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei» klingt kaum nach «rechts», auch wenn die Partei als «rechts» der Internationale und der Sozialdemokratie anzusiedeln war. Der Nazi-Ideologe Gregor Strasser gab sich 1926 durchaus kapitalismusüberwindend: «Wir sind Sozialisten, sind Feinde, tödliche Feinde des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystems mit seiner Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen, mit seiner Ungerechtigkeit bei Löhnen, mit seiner unmoralischen Bewertung von Menschen gemäss ihres Reichtums und ihres Geldes anstatt von Verantwortlichkeit und Verdiensten, und wir sind unter allen Umständen entschlossen, dieses System abzuschaffen!» Und Hitler selbst hielt in «Mein Kampf» fest: «Im Rot [der Partei-

fahne] sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung». Rot, das muss man wohl niemandem mehr vorbeten, war schon damals nicht die Farbe der politischen Rechten. Wo ist hier «links», wo ist hier «rechts»?

Ein weiteres Verwirrspiel finden wir in den USA der Dreissigerjahre. Der vom späteren Kriegspräsidenten Franklin Delano Roosevelt zur Bewältigung der Wirtschaftskrise umgesetzte «New Deal» wird noch heute von US-amerikanischen Sozialdemokraten wie Hillary Clinton und von russischen Autokraten wie Wladimir Putin gleichermassen hochgehalten. Roosevelt selbst hielt privat fest, dass, was damals in den USA vor sich ging, in verschiedener Hinsicht dem entsprach, was in Stalins Russland und sogar unter Hitler in Deutschland unternommen wurde, aber wenigstens auf geordnete Art und Weise («in an orderly way»). Trotzdem hatte ihn sein Aussenminister Ickes zu warnen, dass die Öffentlichkeit infolge offenkundiger Ähnlichkeiten dazu neige, die vier Namen Hitler, Stalin, Mussolini und Roosevelt in einem Atemzug auszusprechen. Wo ist hier «links», wo ist hier «rechts»?

Dass der («linke») Sozialist François Mitterrand während des 2. Weltkriegs für das («rechte») Vichy-Regime in der Verwaltung der Kriegsgefangenen amtierte und dafür 1943 sogar einen Orden erhielt, dürfte bereits wieder in Vergessenheit geraten

sein. Dass dazu einer der Väter der früheren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und heutigen Europäischen Union, nämlich Robert Schumann, Minister in der ersten Vichy-Regierung von Marschall Pétain, war, noch viel mehr. Wo ist hier «links», wo ist hier «rechts»?

Vollends vertrackt wird die Geschichte, wenn es um den Hintergrund genau dieser EU geht. Im allgemeinen wird sie ja als eher «linkslastig» erlebt, weil von ihr ein nicht zu Ende gehender Regulierungstsunami ausgeht und sie in «linken» Kreisen beliebter ist als auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Kurioserweise lässt sich dieses Gebilde jedoch ins Dritte Reich zurückverfolgen, wo in den späten Dreissiger- und frühen Vierzigerjahren verschiedentlich Ansätze für ein derartiges Gebilde erarbeitet wurden. Das Inhaltsverzeichnis der untenstehenden Abbildung dürfte für sich selbst sprechen. Wo ist hier «links», wo ist hier «rechts»?

Schliesslich kommen wir zur Unzahl der sogenannten Nichtregierungsorganisationen, von denen wir letztlich nur noch wissen, dass sie von Steuergeldern alimentiert werden, weder einem Parlament noch einer Regierung Rechenschaft schulden, von den sie unterstützten Regierungen trotzdem als notwendig, ja für das politische Leben unerlässlich bezeichnet werden, auf der Skala zwischen «links» und «rechts» nicht schlüssig einzuordnen sind – und (wie die



Bild: iStock Photo

Wegweiser vor dem europäischen Parlament in Brüssel.

EU) trotz ihres völlig undemokratischen Wesens Quelle eines Wucherwachstums einschränkender Einwirkungen sind. Hier ist eine allfällige Unterscheidung zwischen «rechts» und «links» seit langem komplett bedeutungslos.

Möglicherweise ist diese Unterscheidung auch seit langem nur noch ein Relikt, dem aus Gründen politischer Opportunität Lippenbekenntnisse abgelegt werden. Verlassen wir also die Gefilde politischer Theoretisiererei und sehen uns um. Der

Architekt der Londoner St. Pauls-Kathedrale, Christopher Wren, war zeitlebens gegen ein Denkmal für seine eigene Person, und auf seiner Grabplatte in besagter Kathedrale steht deswegen: «Lector, si monumentum requiris, circumspice» – «Leser, wenn du ein Denkmal suchst, sieh dich um» – Baudenkmäler sprechen sprachlos Klartext. Sehen wir uns also in Italien und Deutschland nach politischen Denkmälern um, und die monumental-pompösen Bauten der Faschisten und Nationalsozialisten fal-

len heute noch ins Auge. Sehen wir uns in der ehemaligen UdSSR nach politischen Denkmälern um, und die monumental-pompösen Bauten der real existierenden Sozialisten fallen heute noch ins Auge. Sehen wir uns sodann in den Zentren der Nichtregierungsorganisationen und vor allem der EU nach politischen Denkmälern um, und die monumental-pompösen Bauten unserer heutigen Vögte weigern sich offensichtlich weiterhin, ins Auge zu fallen – vermutlich weil sie uns nicht mehr mit brachial-

brutalen Stein- und Betonfassaden erschlagen, sondern mit geschwungen-gläserner Anmut eine Leichtigkeit und Transparenz vorgaukeln, die ihnen vollumfänglich abgeht.

... in Ewigkeit Amen

Denn hinter den gleissend-sauberen Fassaden bewegt sich genau wie ehemals «links aussen» und «rechts aussen» eine leichtfüssig-schwerfällige Bürokratie, die sich – Abersummen um Abersummen vernichtend – wie jeder ungenügend kontrollierte Verwaltungsapparat in eine Parallelwelt absetzt und dort laufend neue Aufgaben ausbrütet, laufend neue Vorschriften erdichtet, laufend neue Hysterien anzettelt, laufend neue Verbote ausheckt, laufend neue Steuern erdichtet und so laufend unsere Bürgerfreiheit beschneidet, jährlich, täglich, stündlich, in Ewigkeit Amen. Ausser es würde Einhaltung geboten und Remedur geschaffen. Zu diesem Zweck hätten wir hier im Westen Demokratien, mit gewählten Parlamenten und gewählten Regierungen, die ihren Staatsvölkern mehr oder minder – aber immerhin – Rechenschaft schuldig sind.

Hätten wir. Doch in den letzten zwei Jahrzehnten scheint die Politik (mit Ausnahme der Gemeindeebene, während die Kantone teilweise schon infiziert sind) durch den Einfluss ihrer eigenen Bürokratien in den Ansteckungsbereich der Parallelwelt geraten zu sein, welche die

Nichtregierungsorganisationen und die EU selbstherrlich zur allgemeingültigen Realität erklärt haben. Dies hat dazu geführt, dass die Staatsregierungen und -parlamente nicht mehr als Hüter der Freiheit ihres Landes und dessen Bürger/-innen agieren, sondern als Nachprediger völlig undemokratisch festgeschriebener Glaubenssätze auftreten, die vom Volk denn auch zunehmend widerspruchslos geschluckt werden: Die Zensur hat begonnen, sich unseren Köpfen einzunisten – das Ideal des Diktators durch alle Zeiten.

Dahinter steckt nicht ein vom «rechten» Lager befürchteter Linksrutsch und nicht ein vom «linken» Lager gemutmasster Rechtsrutsch. Dahinter steckt nicht die von den «Mittelparteien» zuweilen beschworene unheilige populistische Allianz von «links» und «rechts». Dahinter steckt vielmehr die von demokratisch finanzierten Institutionen wie EU und Nichtregierungsorganisationen dreister und dreister vorgebrachte Überzeugung, die demokratische Entscheidungsfindung sei für die Komplexität der modernen Welt nicht mehr geeignet. Dahinter steckt die traurige Tatsache, dass die Politik vor dieser totalitären Auffassung nicht nur kapituliert hat, sondern ihr mit regulatorischer Hyperaktivität noch Vorschub leistet. Dahinter steckt die noch traurigere Tatsache, dass die verfassungsmässig vorgesehenen legislativen und exekutiven Gralshüter unserer Demokratie partout

nicht begreifen wollen, dass es völlig wurscht ist, ob uns unsere nationale und persönliche Freiheit von «links» oder von «rechts» gestohlen wird – vor allem dann, wenn besagte verfassungsmässig vorgesehene «linke» und «rechte» Hüter unserer Demokratie uns und sich selbst gleich eigenhändig dieser Freiheit berauben.

In einem fahrradlosen, begrünten Innenhof einer Wohnsiedlung irgendwo in der Schweiz wurde letzthin ein kleines Mädchen gesichtet, das beim Spielen auf Befehl seiner Mutter einen Fahrradhelm zu tragen hatte. Wen wundert's noch?

Den Anfängen können wir also nicht mehr wehren. Nur noch den schlimmsten Auswüchsen – wenn wir den Willen aufbringen wollen, bevor uns die von fremden und eigenen Bürokratien hypnotisierten Volksvertreter um die Freiheit und ins Armenhaus reguliert haben.

Tony Häfliger war 1993 bis 1996 Gemeindehauptmann von Schönengrund, wo er mit seiner Frau lebt und arbeitet, und hat als Übersetzer Einblick in eine breite Palette zeitgeschichtlicher und anderer Themen und greift hin und wieder zur Feder. In der Ausgabe 2009 des Appenzeller Kalenders schrieb er den zeitkritischen Beitrag «Des einstmals freien Schweizers Selbstentmündigung».